



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

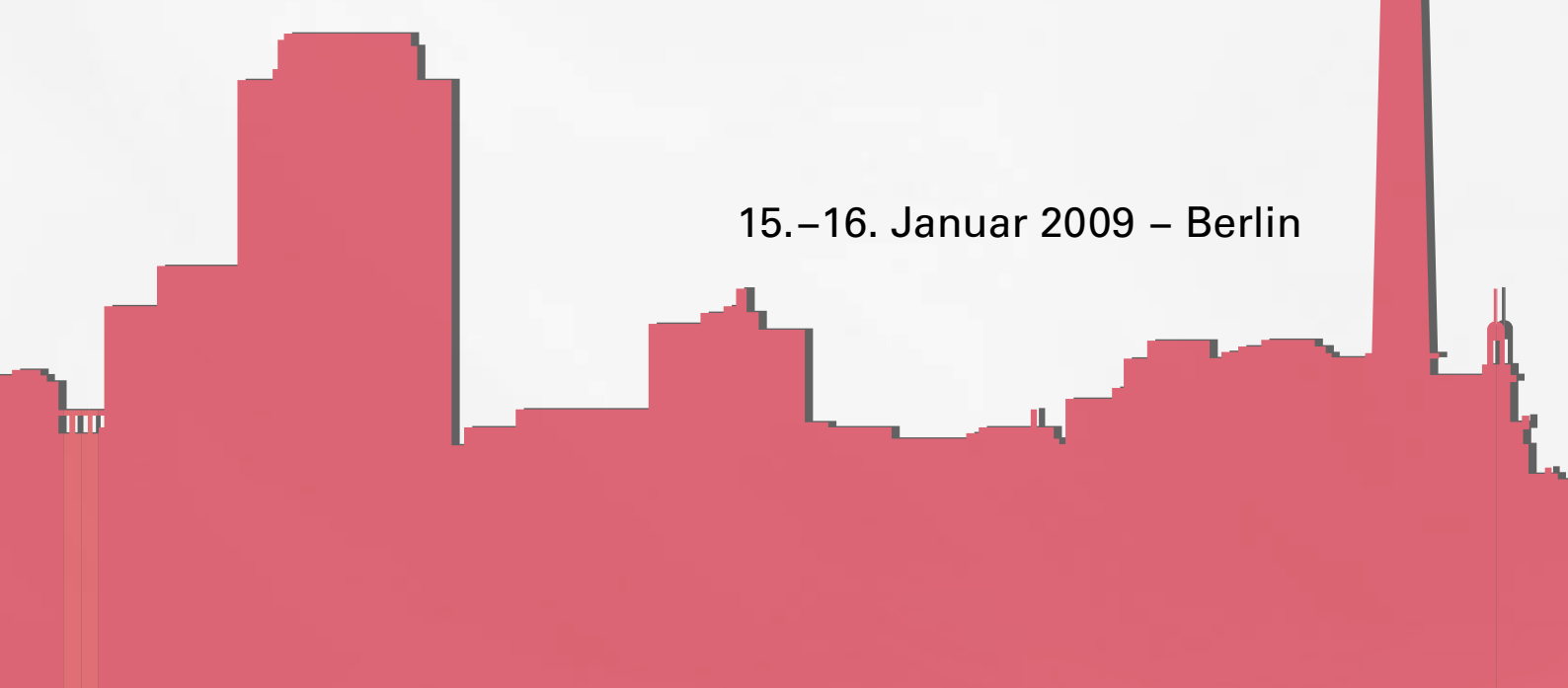


Erster
Hochschultag
zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Einladung zum Dialog zwischen
Politik und Wissenschaft

Ergebnisbericht

15.–16. Januar 2009 – Berlin



I. Ziele der Veranstaltung

- 1 _ Der Hochschultag als Baustein der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
- 2 _ Begrüßung
- 3 _ Inhaltliche Einführung
- 4 _ Exkurs: Sechs Postulate zum Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft in der Demokratie
- 5 _ Sozialwissenschaften und Regierungshandeln



Der Hochschultag als Baustein der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Wolfgang Tiefensee

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Sehr geehrte Frau Professor Thalgott,
sehr geehrter Herr Professor Wékel,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben uns, seit die Regierung im Oktober 2005 gebildet wurde, intensiv Gedanken gemacht, ob und wie das Thema Stadtentwicklungspolitik stärker auf die Agenda des Bundes, aber auch auf die europäische Agenda gebracht werden kann.

Das ist kein leichtes Unterfangen und deshalb möchte ich noch einmal zwei Prämissen in Erinnerung rufen:

Nationale Stadtentwicklungspolitik greift nicht in die kommunale Selbstverwaltung ein. Im Gegenteil: Sie ist zu begreifen als ein Forum, als eine Plattform, als eine Möglichkeit zum Dialog und zur gemeinsamen Profilierung, vor allem aber auch, um mit einer starken gemeinsamen Stimme auf der europäischen Ebene auftreten zu können.

Die zweite Prämisse ist: Es geht nicht nur um Städte, sondern es geht auch um die sie umgebenden Regionen. Das ist mir wichtig, weil wir auch im Spannungsfeld zwischen Städten und Regionen, Städten und ländlichen Räumen leben. Wenn es uns gelingt, Nationale Stadtentwicklungspolitik zu begreifen als eine Plattform, die Städte und Gemeinden stark machen soll, und sie nicht in ihren Kompetenzen beschneidet, und auf der anderen Seite den Dialog in einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Städten und Regionen verstehen, dann werden schon einige große Vorbehalte abgebaut und wir können gut miteinander arbeiten.

Ich bin froh, dass wir mit der heutigen Veranstaltung einen weiteren Mosaikstein hinzufügen. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik ist dringend geboten. Aus diesem Grund hat mein Haus das Gespräch mit Ihnen gesucht. Nicht nur, dass wir mit Forschungseinrichtungen kooperieren und dass wir Gutachten vergeben. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass wir so wie heute, in direkten Expertengesprächen, erfahren wollen, wo Ihrer Meinung nach die Herausforderungen und die Lösungsansätze in den Städten liegen.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auch auf die europäische Ebene lenken. Bei aller Unterschiedlichkeit brauchen wir hier eine Verständigung. Das wird nur gelingen, wenn wir aus Deutschland heraus Impulse geben und wiederum eine Selbstvergewisserung auf allen politischen Ebenen im eigenen Lande haben. Das klingt relativ einfach. Es ist aber alles andere als selbstverständlich und wir brauchen dabei auch Sie, um den Weg dorthin zu ebnen.

Lassen Sie mich einige Handlungsfelder ansprechen, die mir ganz besonders am Herzen liegen und von denen ich mir ganz besonders Diskussionen und Lösungsvorschläge von Ihnen erwarte:

Der erste Punkt bezieht sich auf die Frage des sozialen Zusammenlebens in unseren Städten. Es ist uns in Deutschland noch nicht ausreichend gelungen, die sozialen Spannungen in unseren Städten auszugleichen. Es gibt Stadtteile, in denen eine wachsende Zahl von Menschen mit einge-



schränkten Perspektiven wohnt. Meine Bitte ist, auch seitens der Wissenschaft darüber nachzudenken, wie Politik hier in einem integrativen Sinne noch stärker eingreifen und erfolgreich sein kann.

Die Fragen der Demografie treiben uns um. Ich brauche die Zahlen hier nicht zu wiederholen. Aber wenn bereits in zwanzig Jahren ein Drittel der Menschen über 65 Jahre alt sein wird, dann ist spätestens jetzt die Zeit darüber nachzudenken, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen. Hier sind ausdrücklich alle Disziplinen aufgerufen, sich am Dialog zu beteiligen, um gemeinsam nachhaltige Lösungsansätze aufzuzeigen.

Ein dritter Komplex ist die Frage der Lebensqualität. Auch hier ist es die zentrale Frage, wie wir in einer kompakten Stadt, die alle Lebensbereiche zusammenfügt, so miteinander umgehen können, dass unsere Städte lebenswert bleiben. Hier muss auch das Thema Folgen des Klimawandels angesprochen werden. Vor uns steht die immense Herausforderung, nicht nur das einzelne Gebäude energieeffizient zu gestalten, sondern in größeren Dimensionen eines Stadtteils und ganzer Städte zu denken.

Mir geht es neben all den genannten Themen besonders auch um die Baukultur. Es muss uns beschäftigen, wie wir Städte und Stadträume ästhetisch gestalten und wie wir im 21. Jahrhundert mit dem gebauten Raum umgehen wollen.

Hier ist Wissenschaft in einer anderen Form gefragt. Wir haben immer wieder erlebt, wie Bürgerschaft sich artikuliert und sich stark in diese Diskussion einbringt. Auf der anderen Seite nehmen wir zur Kenntnis, dass Wissenschaft nicht die adäquate, laute und vernehmbare Stimme hat. Wie kann es also gelingen, mit den Menschen in eine Diskussion über Kultur, über Architektur und über Ästhetik zu kommen, die es ermöglicht, dass wir nicht nur oberflächlich über diese Fragen reden können, sondern fundiert? Welche Sprache, welche Plattform und welche Kommunikationswege brauchen Fachwelt und Wissenschaft, um hier Gehör zu finden?

Ich freue mich auf einen intensiven und fruchtbringenden Dialog mit Ihnen. Danke, dass Sie gekommen sind, und ich bin gespannt auf die Impulse, die von dieser Tagung ausgehen.



Begrüßung

Prof. Christiane Thalgott
Präsidentin der DASL

Sehr geehrter Herr Minister Tiefensee, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren,

Herr Minister, ich möchte mich bei Ihnen für die Idee zu diesem Dialog heute sehr herzlich bedanken. Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass Sie uns, die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, damit beauftragt haben, diesen Dialog zu organisieren. Das ehrt uns, denn in unserer Akademie sind ja Wissenschaftler, politische Repräsentanten und Praktiker versammelt, die vierhundert Aktiven der Akademie, die sich vierteljährlich Treffen und einmal im Jahr an Themen gemeinsam arbeiten, wissen, wie notwendig diese Nationale Stadtentwicklungspolitik ist und wie notwendig der Dialog ist. Wir fühlen uns ausgesprochen geehrt und ich danke dann auch Herrn Professor Wékel, das er diese Organisation übernommen hat. Die Erwartungen an den Dialog sind groß.

Und was der Dialog braucht, haben wir gestern von Herrn Professor Nida-Rümelin gehört. Er braucht aus politischer Sicht Rezeptionsbereitschaft, die Politik sollte rezeptionsbereit sein. Ich als Doppel-Mensch, Politikerin und Fachfrau weiss, wie wichtig und schwierig das ist. Und wie schwierig das besonders in Wahlkampfzeiten ist, sich für lange und nachhaltige Lösungen einzusetzen, die nicht immer beliebt sind, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Es gibt die Begründungspflicht und ein Instrumentalisierungsverbot. Nun haben wir uns bisher

eigentlich nicht so sehr instrumentalisiert gefühlt, vielleicht gibt es aber Bereiche, in denen diese Instrumentalisierung wirklich ein Problem ist.

Die Wissenschaft sollte kooperationsbereit sein, die Nase vielleicht manchmal ein wenig herunternehmen und auf die Erde kommen und fragen, was brauchen denn die Menschen, nicht nur, was brauchen meine Ideen. Sie sollten ihre Prämissen offen legen und sich darüber klar sein, dass sie eine Fachsprache pflegen, diese aber, wenn sie mit den Menschen reden, übersetzen müssen. Ich denke, dass ist ganz wichtig, das sollten wir bedenken. Wobei ich mich immer frage, sind wir Städtebauer eigentlich Wissenschaftler, oder ist Städtebau nicht eher das, was Herr Nida-Rümelin als Lebenswelt bezeichnet hat. Wenn Sie mich fragen, sind wir mehr Lebenswelt als Wissenschaft – aber hier sitzen so viele Wissenschaftler, die können das ja anders sehen.

Was erwarten und erhoffen wir uns von diesem Dialog? Wir erhoffen uns einmal, dass die europäischen Themen gemeinsam angesprochen werden und dadurch in Zukunft der Tatsache, dass wir in einem föderalistischen Staat mit selbstverantwortlichen, starken Kommunen und unterschiedlichen Schwerpunkten und Strukturen leben, besser Rechnung getragen wird. Wir wünschen uns, dass die auftretenden Fragestellungen und Probleme mit dem europäischen Recht vom Bund mit uns Kommunen gemeinschaftlich gut organisiert bearbeitet und umgesetzt



werden. Da nenne ich nur einmal die Lärm-minderungsplanung – ein städtebauliches Problem. Wenn wir alles etwas lärmende Gewerbe in den Gewerbegebieten konzentrieren müssen, dann ist es zwar ruhig, aber den Städten fehlt es an Mischung, Urbanität und Leben. Wir wollen diese komplexen Zusammenhänge gerne zu einer stadtverträglichen Lösung im europäischen Dialog vorantreiben.

Der zweite Komplex ist die Rezeption von Problemen aus der alltäglichen Lebenswelt und deren Umsetzung in Gesetzen. Als Beispiel sei die energieeffiziente Stadt genannt. Es wird nötig sein, viele einzelne Gesetze, seien es die Miet- oder Wohnungseigentumsgesetze zu ändern, damit die Umsetzung erfolgreich betrieben werden kann. Förderung allein erreicht viele Haus- und Wohnungseigentümer nicht.

Der dritte Bereich ist, dass Forschungsfragen vielleicht systematischer erfasst werden und auch über die mannigfaltigen Ministerien hinweg – Forschung, Umwelt, Wirtschaft und unser, Ihr Ministerium – gemeinsam auf den Weg gebracht und bearbeitet werden, damit nicht dieselben Fragen in vier Ressorts beforscht werden und damit eine Verschwendung von Ressourcen stattfindet.

Die Koordination der Forschung in ihrem „Stammhaus“ würden wir uns wünschen am Ende dieses Dialogs. Nehmen wir die Frage der Nachhaltigkeitsindikatoren oder Stadtentwicklungsindikatoren: Wenn das unter ökonomischen Kriterien betrachtet dahin führt, dass das Stadtquartier am wertvollsten und nachhaltigsten ist, in dem besonders wenig Sozialhilfeempfänger leben, weil die imageschädigend sind, dann mag das zwar in sich schlüssig sein, ist aber dennoch ein fataler Irrtum.

Es wäre also wichtig, z.B. die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadtquartiere zu koordinieren, denn wir haben gute Voraussetzungen und wünschen uns, dass der Dialog produktiv ist, und dass die Wissenschaft eine systematische und erfolgreiche Politikberatung leisten kann und Doppelarbeiten weniger werden.

Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die hergekommen sind, die Ihre Plakate aufgehängt haben, und, wie gesagt, Herr Minister, ich bedanke mich noch einmal dafür, dass Sie die Akademie als Plattform nutzen, diesen Dialog zu beginnen. Und wir hoffen, dass er sehr intensiv und konstruktiv fortgeführt wird in vielen Veranstaltungen.



Inhaltliche Einführung

Prof. Julian Wékel

Wissenschaftlicher Sekretär der DASL

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank Herr Tiefensee, dass Sie uns durch Ihre Anwesenheit zeigen, wie wichtig dem Ministerium dieser Dialog zwischen Bundespolitik und Wissenschaft im Themenfeld nationaler Stadtentwicklung ist. Er ist nicht neu erfunden, das ist ganz eindeutig. Wir haben vielfältige qualifizierte Dialoge mit Ihnen, mit Ihrem Ministerium, mit nachgeordneten Stellen. Wir haben natürlich auch eine sehr entwickelte Forschungs- und Beratungspraxis auf der Ebene der Städte, das wissen Sie aus Ihrer kommunalpolitischen Zeit in Leipzig.

Auch was wir heute vorhaben geht in gewisser Weise auf eine Veranstaltung der DASL in Leipzig zurück, die wir seinerzeit zur Beschlussfassung der gleichnamigen Charta durch die EU-Minister durchgeführt hatten. Dort hatten Herr Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup und auch Herr Dr. Hatzfeld uns darauf hingewiesen, dass die Dialoge mit der Wissenschaft zwar häufig in persönlicher Dimension als Kontakte von Einzelnen funktionieren, dass aber doch die Wissenschaft als Ganze angesprochen werden müsste, um die strategischen Fragen, die die Nationale Stadtentwicklungspolitik erstmalig so pointiert nach Themen geordnet in die Diskussion gebracht hat, auch entsprechend zu befördern.

Genau dazu dient der heutige Hochschultag. Ich freue mich über die vielen Teilnehmerin-

nen und Teilnehmer, die unserer Einladung gefolgt sind. Darunter sind die Professorinnen und Professoren nur eine Gruppe. Es war uns wichtig, dass auch der Mittelbau und die Studierenden an diesem Dialog teilnehmen – schön dass sie heute so zahlreich erschienen sind.

Das Interesse der Hochschulen an diesem Dialog ist groß. Dies wurde schon bei unseren Vorbereitungen deutlich. Im Vorfeld des Hochschultags hatten wir darum gebeten, uns kurz über laufende Forschungsprojekte zu berichten. Ergebnis war eine beeindruckende Sammlung von ungefähr 400 Projekten, die wir heute als Liste in unserer Posterausstellung zeigen. Es fällt auf, dass viele unserer Forschungsaktivitäten entweder eng an Projektfinanzierung oder Aufträge gebunden sind oder sehr frei als Grundlagenforschung aufgestellt sind. Zwischen diesen beiden Polen sehen wir eine Lücke, die wir gerne schließen möchten: Ein Ziel dieser Dialoginitiative sehen wir deshalb auch darin, unsere Forschung stärker auf Fragestellungen der Bundespolitik auszurichten.

Die Erwartungen an den heutigen Hochschultag und die sich hoffentlich anschließenden Dialoge sind hoch. Wir wollen überlegen, wie wir diesen Austausch in inhaltlicher Weise füllen und diskutieren, wie wir ihn in der Form führen. Diese beiden Ziele haben wir uns gesetzt, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir in unserem Abschlusspodium am Nachmittag hierfür zu konkreten Vereinbarungen kommen.



Herr Minister, Sie haben bereits die wesentlichen Stichworte aufgegriffen, die uns gestern hier aus philosophischer Perspektive von Professor Nida-Rümelin zur Einleitung gesagt wurden. Er appellierte an die Politik zur Rezeptionsbereitschaft, dass hieße auch, sich mit den grundsätzlichen Fragen auf politischer Seite zu beschäftigen. Und er appellierte auch an die Wissenschaft, dass er natürlich der Wissenschaft eine eigene interne Sprache zugesteht. Aber im Ergebnis müssen wir uns um die Vermittlung bemühen und dialogfähig sein.

Sie haben mit dem Stichwort Europa etwas angesprochen, was heute berücksichtigt wird. Wir werden mit europäischen Fachkollegen eine Diskussion darüber führen, was wir von den Nachbarn lernen können.

Wir haben es vor drei Jahren gerade als Stadtplaner als eine wunderbare programmatische Botschaft verstanden, und sicherlich auch als Zeichen des Respekts vor einer gewandelten Realität, dass Ihr Ministerium umbenannt worden ist – Stadtentwicklungsministerium. Sie haben es selbst angesprochen, nicht nur die bedeutsamer werdende Vertretung auf europäischer Ebene, sondern auch die drängenden Probleme in

unseren Städten machen dieses erforderlich. Ich denke, die Stadtplanungsdisziplin hat in den letzten beiden Jahrzehnten, vielleicht im Dialog und parallel zur Praxis, manchmal erst im Nachvollzug derselben, sehr vieles am Anspruch auf Interdisziplinarität, den wir eigentlich seit Jahrzehnten stellen, erst wirklich zum Programm gemacht und umgesetzt. Wir haben natürlich schon seit den sechziger, siebziger Jahren darüber gesprochen, dass wir die Soziologie, dass wir die Ökonomie, dass wir viele andere Wissenschaften in unsere Fragestellungen einbeziehen müssen. Aber eigentlich ist dieses erst seit kurzem so zur Geltung gekommen wie es notwendig gewesen wäre und ist.

Den heutigen Hochschultag wünschen wir uns als Startpunkt eines andauernden Dialogprozesses. Die Frage, ob es weitere Hochschultage in dieser Form geben sollte oder ganz neue Kommunikations-Formate gefunden werden, steht heute mit auf unserem Programm. Wichtig ist, dass es ein ergebnisoffener Prozess mit hoher und vielfältiger Beteiligung wird – den heutigen Auftakt jedenfalls empfinde ich als außerordentlich vielversprechend.



EXKURS

Sechs Postulate zum Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft in der Demokratie

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Staatsminister a. D.

Drei Postulate an die Wissenschaft

Verständlichkeit

Jede wissenschaftliche Disziplin und Teildisziplin hat das Recht auf eine Fachsprache, die für Außenstehende nicht verständlich sein muss. Aber die wissenschaftlichen Ergebnisse, die dann relevant werden für die Entscheidungsfindung, für die Entwicklung der Gesellschaft – ich habe bewusst Stadtplanung nicht ein einziges Mal erwähnt, aber Stadtplanung muss man in diesem Zusammenhang erwähnen –, müssen so präsentiert werden, dass sie die Adressaten aufnehmen und sich kritisch damit auseinandersetzen können. In dem Moment muss sich der Horizont weiten und die Sprache muss sich ändern – Nicht in der Fachpublikation, aber als Teil dieses öffentlichen demokratischen Diskurses.

Kooperationsbereitschaft

Die Wissenschaft ist ein zu großen Teilen durch Steuergelder finanziertes Teilsystem der Gesellschaft, in der wir leben. Sie hat mit anderen Teilsystemen dieser Gesellschaft zu kooperieren. Sie kann nicht in einer Art Haltung der „splendid isolation“ sagen: Lasst mich in Ruhe! Sie muss sich auf diese Kooperation einlassen. Sie hat eine Bringschuld. Sonst kann sie nicht über Steuergelder finanziert werden. Dann gerät sie unter stärkeren Instrumentalisierungsdruck, vor allem ökonomischen Verwertungsdruck, den wir jetzt schon sehr stark spüren, und der die Wissenschaft, zumal die Grundlagen-

forschung, beschädigen kann und zum Teil schon beschädigt hat.

Offenlegung

Gemeint ist die Offenlegung der Voraussetzungen, der Annahmen, der Inferenzen, der Regeln der Ableitung, die verwendet werden, aber auch der empirischen und sonstigen Prämissen, die gemacht werden, um klar zu machen: Das sind meine Voraussetzungen. Ich kann mich irren. Das habe ich nicht geprüft. Jenes habe ich nicht überprüft. Das kann auch falsch sein. Damit man sich ein Bild machen kann, wie verlässlich die jeweiligen Ergebnisse sind.

Drei Postulate an die Politik

Instrumentalisierungsverbot

Wenn eine Sachverständigenanhörung im Deutschen Bundestag stattfindet, dann sollten dort die besten Köpfe ihren Rat der Politik zur Verfügung stellen. Wer die besten Köpfe sind, entscheidet sich nicht daran, ob das wissenschaftliche Forschungsergebnis der Fraktionsmeinung nahe steht oder nicht.

Das heißt, die Konstitution der Sachverständigenrolle ist meines Erachtens nicht in Ordnung. Das sage ich ganz bewusst, ich habe von beiden Seiten teilgenommen und habe das sehr genau auch persönlich miterlebt. Wir haben ein innerwissenschaftliches Verfahren, mehr oder weniger verlässlich,



in dem Exzellenz und Expertise festgestellt werden, und daran sollte sich dann auch die Politik in ihrem Beratungsbedarf orientieren. Da könnte man sich zum Beispiel eine Rolle für die neu gegründete, wenn auch bislang mehr auf dem Papier stehende Nationale Akademie der Wissenschaften vorstellen oder in Kombination mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder wie auch immer.

Das ist das Erste: Instrumentalisierungsverbot. Natürlich gehören immer zwei zur Instrumentalisierung. Die, die sich instrumentalisieren lassen, gehören auch dazu. Insofern ist es auch wieder eine Forderung an die Wissenschaft.

Rezeptionsbereitschaft

Die in kurzem zeitlichem Takt abfolgenden Stellungnahmen von Sachverständigen, die protokolliert, aber kaum noch gelesen werden, geschweige denn, Eingang finden in die Entscheidungsfindung – das ist unwürdig. Dann kann man sich das Ganze auch sparen. Rezeptionsbereitschaft heißt Offenheit. Die Entscheidung darf nicht vorher schon politisch festgelegt sein, sondern sie muss nach der Deliberation – Dezision immer nach der Deliberation – erfolgen.

Begründungspflicht

Wir müssen als Politiker die Begründungspflicht ernst nehmen. Entscheidungen für sich sind nichts wert. Das wirklich Ausschlaggebende in der Demokratie, wenn man sie als deliberativ verfasst versteht – und dafür habe ich argumentiert –, ist, dass die Politik ihre Entscheidungen öffentlich begründet, sich der öffentlichen Debatte ernsthaft aussetzt, Begründungspflichten eingeht. Und dann natürlich auch die Möglichkeit hat, dass sie widerlegt wird und dass es Irrtümer waren, dass etwas falsch war und dass man es revidieren muss. Der Geist der Kritik, der epistemischen Rationalität, den man aus der Wissenschaft sehr gut kennt, dieser Geist dürfte in der Politik eine größere Rolle spielen, als er es gegenwärtig tut.



Sozialwissenschaften und Regierungshandeln

Prof. Dr. Walter Siebel

Im ersten Teil des Vortrags wird auf die Zwei-Welten-These verwiesen, wonach wissenschaftliche Erkenntnisse es schwer haben, in der Politik Gehör zu finden, weil das wissenschaftliche und das politische System unterschiedlichen Logiken folgen: Wahrheit bzw. Macht. Politik hat es mit machtvollen Interessen und mit normativen Vorstellungen zu tun, wissenschaftliche Wahrheiten sind für die Politik gegenüber den Wahrheiten der Wahlurnen nachrangig.

Die Zwei-Welten-Theorie hat unerfreuliche Implikationen für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, denn sie erlaubt nur zwei Modelle dieser Beziehung: Nach dem dezinionistischen Modell dient die Wissenschaft der Politik allein dazu, längst getroffene Entscheidungen besser durchzusetzen. Nach dem technokratischen Modell informiert die Wissenschaft über Sachgesetzmäßigkeiten, die keinerlei politische Entscheidungsspielräume offen lassen, außer das Sachnotwendige zu exekutieren.

Aber die Zwei-Welten-These trifft nicht mehr die Realität. Die Wissenschaft hat ihren Nimbus als Lieferant von objektiven Wahrheiten verloren. Ebenso ist die Politik nicht mehr der einzige Adressat, um wissenschaftliche Erkenntnisse in die Wirklichkeit umzusetzen. Dies wird im zweiten Teil begründet.

Im dritten Teil werden gewandelte Aufgaben und Verfahren der Politikberatung skizziert. Sie sind notwendig, weil sich die neuen, vorwiegend sozialen Aufgaben der Raumordnung und Stadtpolitik mehr und mehr dem

Zugriff einer physischen Planung entziehen: die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Steuerung des Schrumpfens, die Alterung der Bevölkerung, die Integration der Zuwanderer, die sich vertiefende soziale Spaltung der Stadtgesellschaften.

Über die klassischen Aufgaben der Beschaffung von Informationen, um Unsicherheit zu reduzieren, hinaus ist ein erweitertes Konzept von Politik-Beratung notwendig:

- Die Wissenschaft muss sich – noch expliziter – zu ihren Grenzen bekennen, aber sie muss auch immer mehr antworten, als sie gefragt wird (Bahrndt).
- Sie muss den Adressatenkreis erweitern: die Öffentlichkeit, private Unternehmen, die Medien, zivilgesellschaftliche Akteure.
- Politik-Beratung wird mehr diskursiven Charakter annehmen
- und sie wird weniger ex ante als ex post Beratung sein, also mehr Evaluation.

Evaluation hat den Vorzug, nah an der Praxis zu sein und zugleich kritische Distanz wahren zu können. Und es gibt gute Gründe, dass Evaluation als eine Form systematischer Selbstreflexion einer lernenden Planung an Bedeutung gewinnen wird: Was an den Modellen ist wirklich modellhaft? Welche der Lösungen könnten sich unter Alltagsbedingungen bewähren? Wie verallgemeinerbar sind Planungs-Verfahren z.B. von Internationalen Bauausstellungen? Es wäre lohnend, die Big-Event-Strategien systematisch zu evaluieren und vor allem die gegenwärtig von Verwässerung bedrohten zahlreichen IBA-Ansätze.



Um ein Beispiel für sehr grundsätzliche Fragen von Evaluationsforschung zu nennen: Der Artikel 14 des Grundgesetzes spricht von der sozialen Bindung des Eigentums. Die von Neoliberalen propagierte und von vielen öffentlichen Händen betriebene Privatisierung öffentlichen Eigentums beseitigt direkt sozial gebundenes Eigentum. Welche Konsequenzen haben die Privatisierungswellen für die Sozial-Bindung gehabt z.B. gerade in den ehemals marktfernen Segmenten der Wohnungsversorgung? Was bedeutet die Privatisierung vorher öffentlich beeinflussbarer Wohnungsbauträger z.B. für die Durchführbarkeit sozial orientierter Erneuerungsstrategien? Welchen Einfluss haben räumlich selektive Strategien der Banken bei der Kreditvergabe auf die Karrieren verschiedener Räume?

Die Liste drängender Fragen ließe sich verlängern. Und das führt mich zu meinem letzten Punkt: Stadtforschung braucht mehr Theorie! Johann Jessen und ich haben kürzlich in einer Rückschau auf unsere eigene Beratungstätigkeit einen Mangel an Theorie konstatiert: Eine bessere theoretische Einbindung hätte uns vor einigen modischen Themen bewahrt und erlaubt, klarer Relevanzen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen herauszuarbeiten.

Seit über Stadt nachgedacht wird, ist von der Krise der Stadt die Rede. Und die Krise tut immer nur eines: Sie verschärft sich laufend. Eine bessere theoretische Absicherung könnte die Stadtforschung auch davor bewahren, ihren Gegenstand allzu sehr zu dramatisieren. Eine stärker theoretische Fundierung von Fragestellungen würde es auch nahelegen, die Fragerichtung einmal umzukehren. Nicht: Woran könnte Stadtpolitik demnächst scheitern, sondern: warum sind unsere Städte so erstaunlich resistent gegen die prognostizierten Krisen?

40% der Bevölkerung Frankfurts und Stuttgarts sind Migranten oder deren Kinder, wie ist es möglich, dass bislang zumindest keine Konflikte wie in britischen und französischen Städten aufgetreten sind? Was befähigt eine moderne Gesellschaft, noch dazu eine mit der Vergangenheit der deutschen, mit soviel Fremdheit so erstaunlich gelassen umzugehen?

Aus einer solchen, zugegeben abstrakteren Fragestellung, ließe sich einiges lernen über die Mechanismen gelingender Integration, und das wäre von höchst praktischer Relevanz, weil es die Politik befähigen könnte, diese Mechanismen zu stärken, und somit zu handeln, bevor für alle sichtbar geworden ist, dass das Kind in den Brunnen fällt.

II. Ausgangslage, Perspektive

- 1 _ Podium der Perspektiven
- 2 _ Kommentare aus Nachbarländern
- 3 _ Exkurs: Ausstellung der Hochschulen





Podium der Perspektiven

Prof. Elke Pahl-Weber



1. Die Kooperation zwischen Hochschulen und Ministerium – im Auftakt des Hochschultages symbolisiert – zielten auf einen direkten, von Auftragsverhältnissen freien, wissenschaftlich fundierten Dialog zwischen den beiden Institutionen ab.
2. Dabei geht es nicht darum, dass die eine Institution der anderen „einen Gefallen tut“, es geht um Synergieeffekte, um die wissenschaftlich fundierte Entscheidung über neue Forschungsfelder des Ministeriums, über die Auflage von neuen Förderprogrammen und deren Wirkungsabschätzung und wissenschaftliche Fundierung zu dem frühest möglichen Zeitpunkt.
3. Universitäten forschen und sie bilden aus. Bei einer Kooperation muss es deshalb auch um Nachwuchsförderung gehen. Die qualifizierte Ausbildung braucht Freiraum, deshalb sollte die Kooperation nicht nur zu schnellen Entscheidungswegen führen, sondern auch nach Möglichkeiten suchen, wo Entschleunigung sinnvoll sein kann. Die Bearbeitung von ausgewählten Themen durch Studierende kann etwa ganz neue Perspektiven öffnen, aber sie braucht in der Regel Zeit, etwa die Bearbeitungszeit von Studienprojekten, Hausarbeiten und Diplomarbeiten innerhalb eines Semesters.
4. Die Kooperationsfelder sollten mit präzisiertem Analysieren gefunden werden, die Problemlagen genau skizzieren, Handlungs- und Forschungsbedarfe beschreiben und Kontexte herstellen. Die Kooperation darf nicht zu „Gemengelagen“ führen, bei denen die beteiligten Akteure ihre Rolle nicht klar definiert haben.
5. Universitäten bilden aus und sie forschen. Über die Forschung sind sie in der Lage, eigene, unabhängige Beiträge zu Themen der Raum- und Stadtentwicklung zu leisten. Der Forschungsgegenstand – Stadt und Raum – erfordert allerdings häufig die Erarbeitung völlig neuer Methoden, vor allem der der Visualisierung, besonders dann, wenn sich die Forschung qualitativen Phänomenen stellt und sich nicht auf die Quantifizierbarkeit oder Inventarisierbarkeit von Befunden konzentriert. Diese Methoden – etwa research by design – sind in der klassischen Wissenschaftsförderung bislang weitgehend nicht anerkannt. Hier decken sich die Interessen von Ministerium und Hochschulen – wissenschaftlich fundierte politische Handlungsfähigkeit braucht wissenschaftliche Exzellenz. Deren Inhalte in der Raum- und Stadtforschung können Gegenstand einer Kooperation werden.
6. Für die Kooperation unter dieser Zielstellung und mit diesen Inhalten bieten sich zahlreiche Formate an. Das richtige sollte in einem „follow-up-Prozess“ zu diesem ersten Hochschultag gefunden werden.



7. Gedankensplitter für noch zu erarbeitende Formate der Kooperation sind:

- a) Jährlicher Hochschultag
- b) Regionale Hochschultage zu ausgewählten Themen
- c) Wettbewerbe oder Aufgabenstellungen mit wichtigen Themen des Ministeriums für den fachlichen Nachwuchs
- d) Praktika für Studierende im Ministerium und seinen Einrichtungen, vor allem im BBSR
- e) Austausch von WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen im Mittelbau zur Vertretung etwa über ein Semester an jeweils der anderen Stelle
- f) Aufbau einer Sparte Hochschulforschung in einer der Standardveröffentlichungen des Ministeriums und seiner Einrichtungen, vor allem des BBSR
- g) Antragsforschungsprogramme beim BMVBS und BBSR für junge wissenschaftsorientierte Absolventen der Hochschulen

8. Die Kooperation zwischen Hochschulen und Ministerium auf neuer Ebene kann für beide Institutionen zu einem „Mehrwert aus wissenschaftlichem Dialog“ führen, diese Chance sollte jetzt genutzt werden.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Prof. E. Pahl-Weber (Moderation)
 Prof. T. Harlander
 Dr. U. Hatzfeld
 Prof. Dr. M. Koziol
 Prof. C. Reicher

Kommentare aus den Nachbarländern

Dialogformen zwischen staatlicher Stadtentwicklung und Wissenschaft in europäischen Nachbarländern

Science – Politics – Practice in urban planning and development processes A brief introduction to Polish situation

Piotr Lorens

2. Practice of urban planning and development

- All decisions taken on the local level
- Municipalities responsible for all aspects of urban development
- Tendencies for searching for new investments developed at almost any cost
- Short-term liberal perspective on urban development

4. Role of national – level planning

- Analyzing major development processes
- Defining major development goals
- Defining key locations and routes of infrastructure
- Defining conditions for coordination of the regional and cross-border development policies

1. Planning system in Poland nowadays

- National – Spatial development perspective for the entire country
- Regional – Regional plans
 - Plans for metropolitan areas
- Local – Master plans for entire municipalities
 - Local plans for selected sites

3. Politics of urban planning and development

- Urban planning perceived as obstacle for development
- Strong tendencies of simplifying the planning regulations
- Lack of state-wide urban policy
- Urban planning dominated by legal issues

5. Practice vs. Science

- Practice focused on enabling development
- Science focused on analysis of development tendencies and – rarely – defining new concepts
- From local to national = from "practice –oriented" to "science – based"
- This tendency strengthened by perception of the national level as not so important for real development processes

Stadtplanung wird häufig im Spannungsfeld zur ökonomischen Entwicklung gesehen. Die Rolle der Raumplanungs-Wissenschaften besteht hauptsächlich in der Analyse von Stadtentwicklungsprozessen. Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik existiert in dieser Form bisher nicht.



Strategic knowledge for spatial planning – Directorate for National Spatial Planning – Netherlands

Willemieke Hornis

For each field (housing, spatial planning and environment) a strategic knowledge agenda was made in 2008 (obligatory)

Problem: gap between policy and science too big

Ambition: better use of knowledge to be more efficient

Therefore, the strategic knowledge agenda helps to:

Unravel knowledge gaps
Structure and prioritize knowledge needs
Better demand driven steering towards knowledge institutions

Strategic Knowledge Agenda Spatial Planning

Short term issues:

Efficient land use
The experience of the living environment
Spatial concepts
Policy implementation and effectiveness
Financing spatial developments

Long term issues:

Urban densification and restructuring
Peri-urban areas
Spatial-economic cohesion
Climate change and spatial planning
Sustainability
Governance
Demographic decline

Input for the agenda:

Inventarisation of needs within department
Inventarisation of major spatial challenges

6 major challenges 2020-2040:

Limits of densification
Spatial claims in the urban fringe
Preservation of unique landscapes and nature
Development of "mainports"
Demographic change and uncertainty
Adapt to climate change

Implementation: knowledge management

Agenda is input for research programs knowledge institutions
Ensure use of knowledge within organisation

Challenge:

Getting the right knowledge in the right place:
organisation of knowledge trajectories around topics (presentations, expert meetings, excursions, publications etcetera)

Adjacent alternative measures to close the gap: finance three chairs at universities

Seit 2008 sind von Regierungsseite mehrere themenspezifische Wissens-Agenden als intermediäres Wissensmanagement definiert worden. Damit sollen Forschungsprogramme noch zielgenauer gesteuert und der Austausch zwischen Politik und Wissenschaft verbessert werden.



Sustainable urban development, from research into action: rapidly changing patterns at national and regional levels in the French context

Nicolas Buchoud

1. Evolution of urban development issues from a European perspective: towards more urbanity?

Final statement by the ministers in charge of urban development.
Closing session of the French Presidency of the EU

1/3: Calling for change

(Nov 25th 2008, Marseille)

1. Europe: towards more urbanity?

Final statement by the ministers in charge of urban development.
Closing session of the French Presidency of the EU

2/3: paying tribute to the Leipzig Charter

(Nov 25th 2008, Marseille)

1. Europe: towards more urbanity?

Final statement by the ministers in charge of urban development.
Closing session of the French Presidency of the EU

3/3: drawing proposals

(Nov 25th 2008, Marseille)

2. A renewed national dialogue between urban action and research in France

Le Grenelle de l'environnement /
The French National Sustainability Framework

3. A rapidly changing context

« Sustainability in urban development still needs to be invented »: from research into action

4. Sustainable urban development and planning processes within a more decentralised policy framework

1/2: Clusters

4. Sustainable urban development and planning processes within a more decentralised policy framework

2/2: institutionnal and metropolitan dynamics

« Regionalisierung: ist die Region die Zukunft der Stadt (?) »

Conclusion

Networks and metropolitan strategies as drivers for sustainability: potential and uncertainty for tomorrow

Der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft wurde 2008 auch in Folge der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt auf nationaler Ebene neu ausgerichtet und intensiviert. Wichtiges Thema ist ein zukünftig stärker dezentralisierter politischer Handlungsrahmen.



EXKURS

Ausstellung der Hochschulen

Um die Vielfalt der laufenden Aktivitäten im Bereich der Stadtentwicklung an den Hochschulen während des Hochschultags sichtbar zu machen, waren alle Hochschulen eingeladen, Poster zu einer Ausstellung beizutragen. Auf diesen Aufruf hin entstand eine einmalige Ausstellung aus über sechzig Postern. Die Beiträge reichen von umfassenden Projekt-Präsentationen bis hin zu konkreten Ideen, Erwartungen und Vorschlägen zur Zusammenarbeit mit der Politik.







Die Plakate sind Teil der umfassenden Dokumentation die bei der DASL bestellt werden kann (S. 38). Die Plakate können für weitere Ausstellungen gerne zur Verfügung gestellt werden.



III. Dialogforen

- 
- 1 _ Dialogforum I – Strategische Fragen zu Städtebau und Stadtentwicklung
 - 2 _ Dialogforum II – Interessen und Beiträge von Nachwuchswissenschaft und Studierenden
 - 3 _ Dialogforum III – Formen zukünftigen Austauschs
- 



Dialogforum I – Strategische Fragen zu Städtebau und Stadtentwicklung

Prof. Dr. Michael Koch

Bestand

Über den Bestand, über die Materialität des Städtischen werden genauere Kenntnisse als bisher benötigt. Da für die Planung heute nicht mehr die Prämisse des Wachstums gilt, muss in Forschung und Lehre die Auseinandersetzung mit konkreten Orten, mit dem Bestand stärker gewichtet werden.

Soziales

Angesichts der immer stärkeren Ausdifferenzierung sozialer Wirklichkeit sollten die tatsächlichen Lebenslagen genauer analysiert werden. Bei der stadtplanerischen und städtebaulichen Arbeit müssen spezifische Milieus, konkrete Alltagswelt sowie die Eigenlogik von Städten wahrgenommen und berücksichtigt werden.

Bürgerbeteiligung

Der Wandel der sozialen Wirklichkeit bringt eine gestiegene Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und Initiativen mit sich, die in der Forschung, Lehre und Praxis künftig eine wichtige Rolle spielen werden. Stadtentwicklung muss als zivilgesellschaftlicher Prozess organisiert werden. Dies hängt wiederum vom sensiblen Umgang mit den vorgefundenen, endogenen Initiativen ab – zivilgesellschaftliches Engagement kann nicht künstlich von außen induziert werden.

Disziplinäres

Die Stadt-Wissenschaften zerfallen in vielfältige Disziplinen und Fachkulturen. Ziel ist es, insbesondere die eher entwerfenden, gestaltenden Städtebau- und Architektur-Fakultäten wieder mit den eher ingenieurwissenschaftlichen Planungs-Fachbereichen zusammenzuführen. Diese Reintegration muss zeitgemäße Form haben, die sich am gemeinsamen Forschungsgegenstand Stadt und der gemeinsamen Raum-Kompetenz orientiert. Interdisziplinäres Arbeiten muss darüber hinaus mit Ingenieur- und Umweltwissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Geographie intensiviert werden. Dies kann an konkreten Projekten im Bestand geübt und umgesetzt werden.

Forschung

Wichtiges Kriterium für Forschung bleibt die Handlungsrelevanz. Forschung soll aber auch ihren Eigensinn bewahren, die Bedeutung der Grundlagenforschung bleibt gewahrt. Forschungsaktivitäten dürfen nicht nur an tagespolitischen Interessen orientiert sein.

Große Bedeutung hat ein übergreifendes Informations- und Wissensmanagement: Forschungsprojekte und -ergebnisse sollen für alle Interessierten aus Wissenschaft und Politik besser und systematisch verfügbar gemacht werden. Bei dieser Aufgabe könnte ein neuer „Wissenschaftlicher Dienst“ als Vermittlungsstelle helfen.



Gelegenheit zur selbstbestimmten Forschung sollen vor allem Absolventen haben, die bessere Möglichkeiten zur Realisierung ihrer Forschungs-Ideen haben sollten – mit größtmöglicher Offenheit, Mut, Leidenschaft und dem kontrollierten Risiko des Scheiterns.

Energieeffizienz der Stadt

Was bedeutet das Ende der fossilen Energieträger und Rohstoffe für die Städte? Projekte und Forschung zur Energieeffizienz der Stadt und zum Recycling werden wichtiger.

Politikberatung

Stadtentwicklung versteht sich als eine handlungsorientierte Wissenschaft, die eine wichtige Aufgabe in der Politikberatung übernimmt. Zentral ist dabei ein neues Selbstverständnis der Sachverständigen-Rolle (vgl. Nida-Rümelin). Die Wissenschaft sollte stärkeres Gewicht in einem neuen, unabhängigeren Berichtswesen bekommen, wie dies z.B. in England bereits praktiziert wird (vgl. Report of the State of English Cities, 2006) und damit eine neue Evaluationskultur etablieren.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Stimme des Faches in der Öffentlichkeit muss gestärkt werden. Die Presse bzw. Journalisten sollen mit besserem Fachwissen versorgt werden. Die Wissenschaft muss stärkeren Einfluss auf den öffentlichen Diskurs nehmen. Der öffentliche Diskurs darf sich nicht auf das beschränken, was machbar ist und populär ist, sondern vielmehr die Themen artikulieren, die dringend und brisant sind.

Ausbildung

Es gilt, die Ausbildung an neue Herausforderungen anzupassen. Dies betrifft vor allem die schon genannte verstärkte Arbeit im Bestand und die Auseinandersetzung mit sozialen Lebenslagen und lokalen Akteuren. Dafür müssen bereits im Studium neue Qualifikationen vermittelt werden.

Teilnehmer:

Prof. Dr. M. Koch (Moderation)
 Prof. Dr. W. Durth
 Prof. Dr. J. Jessen
 Prof. C. Mäckler
 Dr. O. Weigel



Dialogforum II – Interessen und Beiträge von Nachwuchswissenschaft und Studierenden

Ute Knippenberger



Inhaltliche Themen des Dialogforums

1. Der Wissenschaftsbegriff der Raum- und Stadtforschung und die Folgen für den wissenschaftlichen Nachwuchs

- Problematik, dass Nachwuchswissenschaftler bei der Auswahl ihrer Forschungsdisziplin bereits auf Hürden stoßen.
- Welche Fördermöglichkeiten bestehen für Nachwuchsforscher unter den genannten Rahmenbedingungen? Möglichkeiten und Förderung der Ministerien zur Verbesserung der Situation?
- Für welchen Bedarf bilden wir aus? Wie viele „doktorierte“ Planer und Architekten sind sinnvoll?

2. Die Stellung von Forschung an den Architektur- und Stadtplanungsfakultäten

- Rolle der Stellen als Wissenschaftliche Angestellte an den Architektur- und Planungsfakultäten, die meist mit großem Lehranteil verbunden sind?
- Vernetzung einer gestaltungsorientierten Fakultät mit dem Wissenschaftsbetrieb?
- Wie können Studierende an Forschungsthemen herangeführt werden? Platz des Themas im Bachelor?

3. Institutionelle Rahmenbedingungen der Raum- und Stadtforschung

- Welche Institutionen können Nachwuchsforscher vernetzen? (DASL, ARL)

- Brauchen wir eine „double-blind peer-reviewed“ Fachzeitschrift in Deutschland? Anforderungen an deutschsprachige Fachzeitschriften. Wo können junge Forscherinnen und Forscher publizieren?

Die Diskussionsrunde im „Nachwuchsforum“

Unter dem ersten Themenstichwort „Wissenschaftsbegriff“ entspannte sich die Diskussion zu Anfang über das Selbstverständnis der Disziplin, oder vielmehr der Disziplinen. Denn mit den Städtebau- und Stadtplanungslehrstühlen der Architekturfakultäten waren nicht nur Raum- und Stadtplaner, sondern auch Architekten und Landschaftsarchitekten am Hochschultag beteiligt. Damit verbunden waren die Erwartungen dieser Disziplinen, die ihre jeweiligen Themen teils unterrepräsentiert sahen, teils die Akzeptanz der „anwendungsorientierten Raumwissenschaften“ in der „Wissenschaftscommunity“, oder im Weltbild der DFG vermissten. Der Entwurf, der in der Lehre an den Architekturfakultäten eine große Rolle spielt, könnte auch als iterativer Prozeß im Sinne einer Forschung verstanden werden, und gemeinsam mit raumwissenschaftlichen Ansätzen können die Disziplinen (s.o.) mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit erlangen. Die sich daran anschließende Diskussion, die eher von den individuellen Ansichten geprägt war, schloss der Beitrag einer Studentin aus dem Publikum gewissermaßen ab, dass es nämlich an ihnen (den Studierenden)



den) nicht läge, wenn die Disziplinen (s.o.) zu wenig gemeinschaftlich arbeiteten: sie seien bereit. Und es läge wohl eher an den Lehrenden, wenn derartige disziplinübergreifende Zusammenarbeit nicht stattfände.

Daraufhin tendierte die Diskussion stärker zu der Frage, worum es eigentlich ginge. Dieser Tag zumindest, wurde herausgehoben, stand für den Dialog zwischen Wissenschaft, Forschung und Praxis. Ein Dialog, in dem die räumliche wie die gegenständliche Planung, an dem morphologische wie strategische Ansätze vor allem Zukunftsperspektiven entwickeln können. In einer Art „Reproduktion praktischer Nähe“ könnten dann die Ministerien diese Perspektiven in politische Prozesse einbringen. Aufgabe des Nachwuchses ist dabei besonders das Denken in Szenarien, fußend auf entwurflichen wie wissenschaftlichen Grundlagen. Es benötigt besondere Formen des Dialogs, um die Zukunftsperspektiven und Themen in einer Weise zu vermitteln, dass sie für die Ministerien inhaltlich verwertbar sind. Dass dabei auch Eigeninitiative gefordert ist, und nicht nur eine Er- und Abwartungshaltung hilfreich, kann als ein gemeinsamer Nenner formuliert werden. Konkrete Vorschläge dazu wurden eingebracht, Datenbanken, Juniorforschungsprogramme und Publikations-

möglichkeiten, sogar ausgearbeitete Finanzierungsvorschläge sind dargelegt worden.

Eines kann als Resumé wohl gezogen werden: Gespräche, die allein dem Austausch der eigenen Nabelschau dienen, die nur die mangelnde Relevanz des jeweils individuell besetzten Themas beklagen, führen nur zur Institutionalisierung der Monologe. Ein Dialog innerhalb der Raumdisziplinen muß auch im Blick behalten, dass die Zukunftsperspektiven der Einzelnen entscheidend davon abhängt, ob es ihnen gelingt, sich gemeinsam als gesellschaftlich relevante Stimme zu etablieren. Dies wird mit einem inneren Monolog nicht realisierbar sein. Hier liegt die vielleicht größte Möglichkeit einer Nachwuchsinitiative Raum und Forschung.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

U. Knippenberger (Moderation)
 Dr. M. Doehler-Behzadi
 Prof. H. Machleidt
 Prof. H. Schellenberg
 J. Schröder
 Prof. A. Stokman
 Prof. Dr. Max Welch Guerra



Dialogforum III – Formen zukünftigen Austauschs

Prof. Dr. Gerhard Steinebach

1. Behebung des Aufmerksamkeitsdefizits und Ausweitung des Dialogs

Die Aufmerksamkeit in der Gesellschaft ist für städtische Problemlagen recht groß. Im – merkwürdigen – Gegensatz dazu ist die Aufmerksamkeit für die Disziplinen Raumplanung, Stadtplanung und Städtebau eher gering. Dies betrifft auch die politische Ebene, da die genannten Disziplinen nicht oder nur gering in „harten“ politischen Themen verankert sind. In der Konsequenz gilt es, dieses Aufmerksamkeitsdefizit, das teilweise schon Ausmaße eines Wahrnehmungsdefizits einnimmt, zu verringern. Das bedeutet nicht nur eine Verstetigung des Dialogs zwischen dem BMVBS und den Hochschulen in unterschiedlichen Formen, sondern auch die Ausweitung des Dialogs durch Einbindung der Wirtschaft und der Öffentlichkeit.

2. Forschungsprofile der Hochschulen

Gegenwärtig scheint beim BMVBS ein Informationsdefizit bezüglich der an den Hochschulen durchgeführten Forschungen zu bestehen. Um den konstruktiven Dialog zwischen Hochschulen und dem BMVBS zu intensivieren und zu erleichtern, erscheint es sinnvoll, dass die Planungsfakultäten und Lehrstühle ihre Forschungsfelder und -kernkompetenzen präzisieren, transparent darlegen und den Zugang zu den Forschungsergebnissen und -aktivitäten erleichtern. Hierbei sollte in Grundlagenforschung, anwendungsbezogene Forschung und Projektentwicklung im klassischen Sinne differenziert werden.

Weiterhin sollte interdisziplinäre Forschung nicht nur betrieben, sondern auch aktorsgruppenbezogen transparent dargelegt werden. Dabei ist im Sinne der kritischen Reflexion und Evaluierung das jeweils eigene Forschungsprofil zu schärfen.

Für den Dialog zwischen den Hochschulen einerseits und auch mit dem BMVBS andererseits wird

- die Installation einer zentral geführten Forschungsdatenbank sowie
 - die Benennung von themenbezogenen Ansprechpartnern
- als sinnvoll angesehen.

3. BMVBS als Dialogpartner

Die bestehenden Dialog- und Kommunikationsformen zwischen BMVBS und Hochschulen sind zu überdenken. Gegebenfalls bedarf es spezifischer Kommunikationsformen, die der heterogenen, querschnittsbezogenen Struktur von Praxis und Wissenschaft in Stadtplanung und Städtebau eher gerecht werden.

4. Verstetigung des Hochschultags

Der Hochschultag sollte in unterschiedlichen Formen verstetigt werden. Zum einen erscheint ein regelmäßig stattfindender Austausch in kleineren Gruppen (partnerschaftliche Workshops) themenspezifisch mit Vor- und Nachbereitung sowie anschließender Dokumentation sinnvoll.

Zum anderen sind auch Hochschultage im großen Rahmen (analog zum Hochschultag am 16.01.2009) in größeren Zeitabständen sowohl für den gegenseitigen Austausch



als auch zur Evaluierung zu befürworten. Im Sinne der Außenwirkung und zur Förderung des Dialogs mit der Öffentlichkeit sind jährlich stattfindende und frei zugängliche Ausstellungen, z.B. in Form einer Biennale in Betracht zu ziehen.

Zur Organisationsform des Hochschultages sind unterschiedliche Modelle denkbar. Im Dialogforum III wurde für die Einrichtung einer eigenständigen Institution mit eigenem Sekretariat und exekutiven Handlungsmöglichkeiten plädiert.

5. Referierte Fachzeitschrift

Gegenwärtig gibt es in Deutschland keine doppelblind referierte Fachzeitschrift im Bereich Stadtplanung und Städtebau. Bekannt ist, dass bei der Beurteilung von DFG-Forschungsanträgen das Fehlen von referierten Fachzeitschriften seitens des Antragsstellers äußerst negativ gewertet wird. Diese Thematik ist jedoch keine, die sich an das BMVBS richtet.

Die Diskussion im Dialogforum bezüglich der Notwendigkeit einer referierten deutschsprachigen Fachzeitschrift verlief ohne eindeutiges Ergebnis. Es sollten Alternativen zur Neukonzeption einer referierten Fachzeitschrift überprüft werden, z.B. die themenspezifische Schwerpunktsetzung in einer bestehenden Fachzeitschrift in Form von re-

ferierten Sonderausgaben für Stadtplanung und Städtebau.

6. Antragsforschung/Auftragsforschung

Das Forschungsfördervolumen des BMVBS wird gegenwärtig auf ca. 20% Antragsforschung und ca. 80% Auftragsforschung verteilt. Es wird angeregt, auf Forschungsthemen, die durch die Hochschulen identifiziert wurden, verstärkt einzugehen und damit den Anteil an Antragsforschung zu erhöhen. Hierzu sind grundsätzlich zwei Ansätze – auch kombiniert – denkbar:

- direkte Erhöhung des Anteils der vom BMVBS geförderten Antragsforschung,
- Dialog zwischen BMVBS und der DFG mit dem Ziel einer stärkeren Förderung anwendungsbezogener Forschung in Stadtplanung und Städtebau.

In der DFG sollte der Anteil der Gutachter aus der Planungswissenschaft erhöht werden.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Prof. Dr.-Ing. G. Steinebach (Moderation)

Prof. Dr. H. Bodenschatz

Prof. Dr. oec. A. Thierstein

Prof. Dr. sc. techn. B. Zibell

Herr M. Marten

IV. Ergebnisse und weiterer Prozess

- 1 _ Ergebnisse der Tagung
- 2 _ Weitere Ressourcen und Dokumentation





Ergebnisse der Tagung

Gemeinsames Fazit der Veranstalter

Auftakt für einen Dialog zwischen Wissenschaft und Bundespolitik zur Gestaltung nachhaltiger Stadtentwicklung

Anlass und Ziel der Tagung

Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat das BMVBS die Initiative ergriffen, um aktuelle Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Ein wesentliches Mittel hierzu sind neue Kooperationen mit allen gesellschaftlichen Kräften, die eine Rolle im Prozess der Stadtentwicklung spielen – gerade auch mit den Hochschulen.

Vor diesem Hintergrund fand am 15./16.01.2009 der Hochschultag zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Berlin statt – als Angebot für einen noch intensiveren Dialog zwischen dem Bundesministerium und seinen Partnern in den Universitäten. Inhaltlich ging es dabei um die Kernthemen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, im Vordergrund stand jedoch die Frage, wie der zukünftige Austausch gestaltet werden kann.

Erfolgreiche Tagung: Einladung zum Dialog angenommen

Die Zahl von rund 330 Teilnehmerinnen und Teilnehmern verdeutlichte das große Interesse der Hochschulen am Dialog mit dem Ministerium. Dies belegt auch das Feedback (ca. 100 Fragebögen), in der weit überwiegende Zustimmung zur Initiative und Unterstützung zum Ausdruck kommt. Seitens der Hochschulen haben neben Lehrenden auch

zahlreiche Studierende am Hochschultag teilgenommen.

Die Bandbreite der Schwerpunkte und laufender Forschungsprojekte kam in einer beeindruckenden Ausstellung von über 60 Plakaten zum Ausdruck, die von den Universitäten präsentiert wurden. Darunter sind bereits konkrete Ideen und Überlegungen für den Dialog mit dem Ministerium zu finden.

Auf der Tagung wurde deutlich, dass die Hochschulen nicht als Einheit betrachtet werden können, sondern eine sehr uneinheitliche Wissenschaftslandschaft aus unterschiedlichen Fächern, Fachkulturen, Betriebseinheiten und Statusgruppen mit jeweils partikularen Interessen darstellen. Vor diesem Hintergrund bestand ein großer Erfolg des Hochschultags darin, dass er ein in dieser Form noch nie da gewesenes Treffen der „Stadt-Wissenschaftler“ aus den deutschen Hochschulen ermöglichte. Dies zeigt aber auch, dass der Dialog zwischen den verschiedenen Hochschulen noch ausgebaut werden kann und muss.

Ziele für den Dialog in der Zukunft

- Dialog als Bringschuld verstehen, eigenes Profil schärfen, eigene Kernkompetenzen schärfen und besser vermitteln.
- Einander zuhören, Verständnis für die Interessen und Arbeitsbedingungen der anderen Seite entwickeln.
- Sich nicht mit zu hohen Erwartungen gegenseitig belasten.
- Auf Sprache und Wording achten, die von der anderen Seite verstanden werden.



- Direkter, von Auftrags- und Abhängigkeitsverhältnissen freier, wissenschaftlich fundierter Dialog.
- Für den Dialog müssen die disziplinären Abgrenzungen überwunden werden, im Mittelpunkt soll der gemeinsame Gegenstand des Interesses, die Stadt, stehen.
- Eine weitere interdisziplinäre Öffnung zur Geographie, Ökonomie, Ökologie, Demographie, Raum-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften ist nötig.
- Damit können gemeinsam auch vorhandene methodische Defizite abgebaut werden.
- Dialog auch auf Länder- und kommunaler Ebene aufnehmen bzw. intensivieren.
- BBSR auch weiterhin einbinden.
- Einbindung der Wirtschaft und der breiteren Öffentlichkeit, um das gegenwärtige Aufmerksamkeitsdefizit für städtische Themen abzubauen.

Mögliche Inhalte verstärkter Kooperation Hochschulen-Bundesministerium:

- Genauere Kenntnis über Prozesse und Strukturen in der Stadtentwicklung erarbeiten
- Themenfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik weiter entwickeln
- Städte als Zukunftsthema für 2020–2040 etablieren und gemeinsames Regierungs-

handeln thematisieren, um auch „raumblinde“ Programme anderer Ressorts mit einzubeziehen

- Lernen von den europäischen Nachbarn, Intensivierung des Austauschs auf europäischer Ebene
- Stärker auf den öffentlichen Diskurs Einfluss nehmen, mit Forschungsergebnissen stärker intervenieren, z.B. auch Journalisten besser mit Fachwissen versorgen
- Qualifikationsanforderungen der Praxis reflektieren bzw. mit den Praktikern diskutieren. Sind die neuen Orientierungen und Themen schon Gegenstand der Lehre?

Anforderungen/Wünsche des Ministeriums

- Entscheidungen mit Informationen „auf Vorrat“ erleichtern, gut strukturierte und schnell abrufbare Informationen vorhalten
- Expertise schnell und einfach verfügbar machen, kurze Wege zu Experten ermöglichen
- Übersichtliche und knappe Aufbereitung von Forschungsergebnissen
- Mehr Kontakt zu Studierenden und wissenschaftlichem Nachwuchs
- Strukturen an den Hochschulen leichter durchschaubar machen
- Bearbeitungszeiträume in der Forschung und Lehre verkürzen



Anforderungen/Wünsche der Hochschulen

- Anteil der durch das BMVBS geförderten Antragsforschung erhöhen und damit mehr auf die von den Hochschulen identifizierten Themen eingehen, ggf. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).
- Unterstützung bei Bewertung von Forschung gegenüber der DFG
- Eigensinn der Forschung belassen: Auch Fragen nachgehen, die bislang niemand gestellt hat. Vom politischen Bedarf unabhängige Grundlagenforschung ist weiterhin nötig und zulässig.
- Bearbeitungszeiten für Forschungs- und studentische Arbeiten berücksichtigen
- referierte Fachzeitschrift etablieren
- In den Standardveröffentlichungen des BMVBS und des BBSR eine feste Rubrik für Hochschulforschung einrichten.
- Junior-Forschungsprogramm für ausgewählte Studierende/Diplomanden anbieten, dass mit 15–20 halben Stellen über 10–15 Monate ausgestattet ist. Ziel ist es, das Arbeiten mit dem kontrollierten Risiko des Scheiterns zu ermöglichen.
- „Institut auf Zeit“ einrichten: kleiner Zirkel zu strategischen Fragen mit rotierender Besetzung. Aufgabe ist das Agenda-Setting: Hier werden Themen für die weitere Diskussion generiert bzw. empfohlen (ver-

gleichbar mit den Knowledge-Agencies in den Niederlanden).

- Alternative Bezeichnung: intermediärer wissenschaftlicher Dienst, der für beide Seiten die Relevanz von Forschungsfragen beurteilt bzw. Relevanz-Kriterien erarbeitet – angesiedelt zwischen Politik und Hochschule.
- Für die Nachwuchswissenschaftler wurde deutlich, dass es wichtig ist, selbst aktiv werden, Kooperationsangebote zu machen und gezielter eigene Vorstellungen und Themen in den Dialog einzubringen. Der Hochschultag hat bereits dazu beigetragen, vorhandene Kontakte auszubauen und neue Netzwerke zu knüpfen.

Ideen für den weiteren Dialog zwischen Hochschulen und Politik/Folgeveranstaltungen

- strukturiertes Praktikanten-Programm im BMVBS sowie Studentenprojekte des Ministeriums wie z.B. „Stadtquartier der Zukunft“ oder vom Ministerium ausgelobte Wettbewerbe
- mehr Austausch zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitern und dem Ministerium/ Informationsveranstaltung für „Mittelbau“
- Ringvorlesung an wechselnden Standorten, um hochrangige Vertreter des Ministeriums stärker in die Hochschulen zu



bringen („Bundesminister und Staatsse-
 kretär zu Honorarprofessoren ernennen“)

- Forschungsdatenbank zu laufenden Akti-
 vitäten der Hochschulen und des Ministe-
 riums aufbauen
- Benennung von themenbezogenen An-
 sprechpartnern in den Hochschulen
- Themen aus der Politik in die Lehrveran-
 staltungen tragen
- themenbezogene Folgeveranstaltungen
 des Hochschultages mit rotierenden Ta-
 gungsorten
- Hochschultag in größeren Abständen wie-
 derholen, verstetigen (DASL ist bereit,
 konzeptionell mitzugestalten und organi-
 satorisch zu unterstützen)
- Thematische Ausstellungen mit größerer
 öffentlicher Wahrnehmung veranstalten



Weitere Ressourcen und Dokumentation



Der vorliegende Ergebnisbericht wird unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de kostenlos zum Download bereit gestellt.

Darüber hinaus bietet die DASL eine umfangreiche Materialsammlung zum Selbstkostenpreis an. Diese umfasst auf zwei DVDs die Posterausstellung, Vortrags-Manuskripte, Präsentationen sowie ausgewählte Video- und Audio-Mitschnitte.

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an die
Deutsche Akademie für
Städtebau und Landesplanung
Geschäftsstelle Stresemannstraße 90
10963 Berlin

Telefon: 030/230822-31
Fax: 030/230822-32
E-Mail: info@dasl.de
www.dasl.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung
www.dasl.de

Der Hochschultag ist ein Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Zusammenfassung unter Mitarbeit von

Robert Fischer (Redaktion)
Ute Knippenberger
Elke Pahl-Weber
Gerhard Steinebach
Julian Wékel

Gestaltung

Miriam Kotyrba (Satz und Layout)
Michael Schenk (Grafik)

Abbildungsnachweis

Fotos von Sergej Horovitz, www.horovitz.de

2. überarbeitete Auflage 2009

